

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

45 Jahre DKP

"Vor dem Eingang des Frankfurter Hotels 'Intercontinental' drängten sich am 26. September 1968 etwa hundert Presse-, Funk- und Fernsehleute, Korrespondenten der großen in- und ausländischen Zeitungen, Aufnahmeteams der führenden Fernsehanstalten. Sie waren der Einladung zu einer Pressekonferenz gefolgt, auf der ein Ereignis bekannt gegeben werden sollte, das für die politische Entwicklung in der Bundesrepublik neue Zeichen setzte: die Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei." So erinnerte sich Kurt Bachmann, der erste Vorsitzende der DKP, an die Ereignisse vor 45 Jahren.

Die DKP Schleswig-Holstein hatte zu ihrer Veranstaltung '45 Jahre DKP' Georg Polikeit eingeladen, seine Gedanken zur Partei von der Gründung bis heute darzulegen. Polikeit selbst war damals in die Vorbereitungen zur Neukonstituierung der DKP einbezogen, war später viele Jahre UZ-Chefredakteur. Er schilderte die politische Situation Ende der 60er Jahre. Er machte deutlich, dass es darum ging, eine legale kommunistische Partei aufzubauen und gleichzeitig den Kampf gegen das Verbot der KPD fortzusetzen.

In seinem Referat hob er auch die objektiven Bedingungen hervor, die letztlich zum "Hochseilakt der Kommunisten" mit der Konstituierung der DKP führten, wie bürgerliche Zeitungen schrieben. Die innenpolitischen Veränderungen mit dem Ende der Adenauer-Ära, nach Ehrhard und Kiesinger und mit dem Fakt, dass erstmals seit 1945 die SPD mit in der

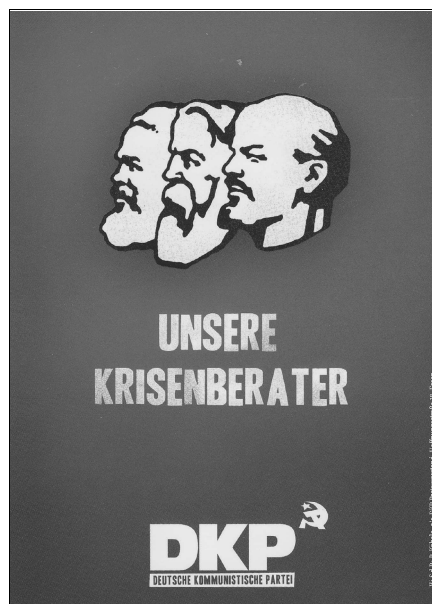
Regierung war, waren ebenso gute Bedingungen, wie auch die internationalen politischen Veränderungen, die mit der "Politik der Annäherung" eine neue Ostpolitik entwickelte. Politik zog eine Bilanz:

Die Aufbruchstimmung von 1968, mit der Hoffnung eine Partei zu formieren, die die Politik in der BRD wahrnehmbar beeinflussen kann, hat sich nicht erfüllt. Dabei spielt sicher auch der Rückschlag mit dem Niedergang der sozialistischen Staaten 1989/90 eine Rolle. Auch wenn die DKP nicht direkt verantwortlich dafür ist, wird zu Recht die Frage an uns gestellt, was wir daraus lernen, so Polikeit. In den dazu gemachten Aussagen des Parteiprogramms von 2006 sieht er Antworten darauf enthalten. Auch die eigenen Fehler sind zu beachten. Eine wichtige Lehre war die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie in den letzten 2 Jahrzehnten.

Die DKP und ihre Mitglieder haben auch etwas erreicht. Insbesondere in den 70er und 80er Jahren spielte sie eine wirkungsvolle Rolle in der außerparlamentarischen Bewegung. Sie war Mitorganisator in vielen verschiedenen Bereichen, sowohl national als auch international: Rote Punkt Bewegung, Kampf gegen den Vietnamkrieg, Chile-Solidarität sind hier nur wenige Stichworte. In der linken Jugend und Studentenbewegung, sowie in den Gewerkschaften waren die Mitglieder der DKP geschätzt und spielten dort eine große Rolle. Polikeit hielt fest, dass die DKP nicht nur Mitläufer war, sondern auch Organisator.

Das die DKP 1989/90 überlebt hat, muss als Erfolg der Partei eingeschätzt werden. Insbesondere auf die Bedingungen mit dem verschärften Antikommunismus seit den 90er Jahren verwies Polikeit. Damals gab es viele Austritte aus der Partei, doch auch sehr viele Diskussionen wurden in der Partei geführt. In dieser Phase haben alle Genossinnen und Genossen zum Erhalt beigetragen, die aktiv in und für die Partei gearbeitet haben. Ausdrücklich bedankte sich Polikeit bei den Genossinnen und Genossen, die gerade in den ersten 90er Jahren an der Spitze der Partei standen. Seine Sorgen äußerte er zum Zustand der DKP heute. Ein großes Problem sei die Überalterung der DKP und damit die eingeschränkte Aktionsfähigkeit. Polikeit stellte die Frage, ob wir evtl. zu stark in alten Gleisen verharren? Ob wir nicht mehr darüber diskutieren sollten, was wir verändern müssen, um für größere Teile der Jugend ansprechbar zu sein.

Ausgehend von der Grundsatzklärung der DKP 1968, über die "Wende zu demokratischen und sozialen Fortschritt" vom Mannheimer Parteitag 1986 bis zu den Aussagen im Pro-



gramm von 2006 ist eine Hauptzielrichtung die Zusammenarbeit mit anderen Kräften für den demokratischen Fortschritt festgehalten. Er machte klar, der Kampf um Reformen ist nicht nur ein taktisches Ziel, sondern betrifft die unmittelbaren Interessen von vielen Menschen. Die zentrale Achse unserer Aktivitäten ist immer der gemeinsame Kampf mit anderen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese Politik mit dem "Bannfluch des Reformismus" belegt wird, so Polikeit. Da Klassenbewusstheit nicht nur durch Aufklärung entsteht, sondern durch die Erfahrungen in Kämpfen und im eigenen Handeln der Menschen, sei es notwendig die Bewegungen in Gang zu bringen und zu halten. Nicht abkapseln, sondern sich noch besser einbringen in Bewegungen, ist die Aufgabe heute.

In der Diskussion sparten die Anwesenden nicht ihre eigenen Erfahrungen aus. Die innerparteiliche Demokratie und deren Entwicklung seit Anfang der 90er Jahre wurde in vielen Beiträgen als positiv dargestellt. Jedoch sehr besorgt bis empört wurde sich über einen neuen Stil in der DKP geäußert, der diese Entwicklung anscheinend rückgängig machen will. Festgemacht wurde dies an der aktuellen Erklärung des Sekretariats der DKP. Sie sei selbstgefällig, von oben herab und ohne jegliche Selbstkritik, so die Genossinnen und Genossen.

Die internationale Arbeit und unsere weitere Mitarbeit in der Europäischen Linkspartei wurde als wichtiger Beitrag zur Entwicklung von Widerstand genannt. Gerade gegen die Krise muss

die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften national und international ausgebaut werden. Kritik gab es daran, dass die Kandidatur zur EU-Wahl ohne vorherige Diskussion in der Partei beschlossen wurde. Und ohne eine inhaltliche Debatte in der Partei sollen nun Kandidaten und Kandidatinnen gewählt werden.

Über den demokratischen Zentralismus, die Disziplin und die innerparteiliche Demokratie wurde diskutiert und welcher Begriff heute anzuwenden sei. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt "Disziplin ist nötig in unserer Partei, aber wir brauchen keinen Kadavergehorsam".

In seinen Schlussbemerkungen griff Georg Polikeit die in der Diskussion genannte Fragen noch einmal auf. Wir sollten nicht in "alte Gewohnheiten" zurückfallen, sondern unsere innerparteiliche Demokratie noch weiter entwickeln und wies darauf hin, dass es auf dem 20. Parteitag nicht nur einen Personenwechsel in der Leitung der DKP gegeben hat. Ausdrücklich wurde von dem neuen Parteivorsitzenden verkündet, dass es um einen politischen Richtungswechsel ging. Darauf, so Polikeit, müssen wir uns einstellen. Denn dieser politische Richtungswechsel ist noch lange nicht zu Ende durchgesetzt. Es kann in der Partei noch schwieriger werden. Wenn, wie zur EU-Wahl, ohne vorherige Debatte in der Partei Wahlbeschlüsse erfolgen, wenn evtl. "auf Biegen und Brechen" die Eigenkandidatur durchgesetzt wird. Dadurch kann die Zusammenarbeit mit anderen Lin-

ken erschwert und damit kein Beitrag zur Formierung linker Kräfte geleistet werden.

Wir müssen die Angst ablegen, mit anderen zu wenig über den Sozialismus zu reden. Wir sollten viel mehr in der Diskussion über den Kampf um Reformen reden und damit die Menschen und ansprechen. Wir dürfen uns nicht einreden lassen, dass dies in die Irre führt, wenn genau diese Fragen heute auf der Tagesordnung stehen!

Es war eine spannende Zeitreise durch die Geschichte der DKP. Auffallend war, wie die persönlichen Erlebnisse und Lebens- und Arbeitsbedingungen mit den politischen Aktionen und Forderungen im Zusammenhang standen. Nicht deshalb, weil der Referent oder die Diskussionsteilnehmer darauf besonderen Wert legten, sondern weil es zu ihrem Leben gehört, sich für gesellschaftliche Veränderungen gegen das Kapital, für demokratischen und sozialen Fortschritt, für ein Leben ohne Faschismus und Krieg einzusetzen. Damals und heute. Zu diesen Genossinnen und Genossen, die nicht nur die Erfahrungen in die Politikentwicklung unserer Partei einbringen, sondern auch die aktuelle Parteiarbeit kritisch verfolgen und mitgestalten, können wir uns und unserer Partei nur gratulieren!

Bettina Jürgensen

Große Übereinstimmung - Merkel und Steinbrück lügen beide!

Der Bundestagswahlkampf war auf Stinkefingerniveau gesunken. Dabei wurden politische Inhalte vergessen. Sowohl Frau Merkel als auch Herr Steinbrück hatten zur besten Sendezeit in ihrer Fernsehschau übereinstimmend gesagt, Deutschland werde sich nicht an einem Krieg gegen Syrien beteiligen. Wenigstens da legten sich beide Politiker fest: Keine weitere Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien durch Bundeswehrebeteiligung!

Dann aber gab es "Gerüchte", woraufhin die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke von der Fraktion der Lin-

ken reagierte.

Auf ihre schriftliche Frage hat darauf die Bundesregierung bestätigt, daß das Bataillon Elektronische Kampfführung 911 in Bramstedtlund bei Flensburg Fernmelde- und Elektronische Aufklärung als Teilbereich der Elektronischen Kampfführung gegen Syrien betreibt.

Die in Bramstedtlund gewonnenen Erkenntnisse können in einem Krieg gegen Syrien zur Zielerkennung oder anderweitig militärisch genutzt werden. Diese "Arbeitsteilung" kennen wir seit dem Jugoslawienkrieg: die

Bundeswehr klärt auf und die amerikanischen Verbündeten können die Bomben schmeißen. Damit ist Deutschland Kriegspartei und Merkel und Steinbrück waren beide schon vor der Wahl als Lügner enttarnt.

Bundeswehr abschaffen heißt, diese Politiker haben dann nicht mehr das Mittel, um einen Krieg anzuzünden, denn: "Der Bundeswehr-Lauschgriff auf Syrien torpediert die Chancen einer Friedenslösung für Syrien", erklärte Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf ihre Anfrage.

Ralf Cüppers

Mahnmal für die Opfer des Naziregimes

Am 1. September 2013, dem Antikriegstag, wurde unter Teilnahme der Kulturministerin Anke Spooren-donk und der Stadtpräsidentin Swetlana Krätzschmar vor dem Polizei-präsidium in Flensburg, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, das Denkmal zur Erinnerung an alle Opfer des Naziregimes in Flensburg eingeweiht.

Es hatte lange gedauert und bedurfte mehrerer Anläufe. Bereits in den 80er Jahren gab es erste Überlegungen. Auf Antrag der SPD unternahm der Kulturausschuß 2009 einen neuen Anlauf.

Schwierigkeiten bereitete die Festlegung des Standortes für das Mahnmal. Mitglieder im Ausschuß sprachen sich für die Freifläche vor dem Polizei-präsidium als den besten Platz aus. Die war aber bereits für die Aufstellung von drei Stelen zur Darstellung der Städtepartnerschaft Flensburg mit dem polnischen Slupsk und Carlisle in England verplant und stand nicht mehr zur Verfügung.

Mit dieser Festlegung konnte die VVN nicht einverstanden sein. Im Kulturausschuß legte sie dar, daß das Gestapo-Gefängnis im Hof des Polizei-präsidiums und ebenso das Gerichtsgefängnis im Südergraben Leidenstätten für viele Flensburger Nazigegner gewesen ist. Für etliche von ihnen führte der Weg weiter in die Konzentrationslager und für manche von ihnen in den Tod. Wenn wir heute ein Zeichen setzen wollen, in Gedenken an die Toten, um die Lebenden zu mahnen, dann ist das Polizei-präsidium Norderhofenden 1 als damaliger Sitz von Polizei, SS und Gestapo und somit die Zentrale des Naziterrors dafür der authentische Ort. Dem stimmte daraufhin auch der Kulturausschuß zu und die Stelen für die Städtepartnerschaft fanden ihren Platz vor dem Bahnhof.

Die Kunstkommission beauftragte im Sommer 2010 den Bildhauer Clemens M. Strugalla in Wesel (Rhein-Lahn-Kreis) mit dem Projekt und der Vorgabe, sich an dem 1955 von Joseph Hebroni

(1888 Jerusalem - 1963 Flensburg) geschaffenen Ton-Modell einer Prometheus-Skulptur zu orientieren und auf Denkmalgröße umzusetzen.

Bei der Übergabe des Denkmals „Hebronis Prometheus - Versuch zu begreifen“ erklärte Strugalla im Polizei-präsidium:

„Meine Anregung war nun, der leicht überlebensgroßen Einzelfigur weitere Figuren hinzuzufügen, die den inhaltlichen Zusammenhang sowohl zur Biografie Hebronis als auch zum antiken Mythos des Prometheus Rechnung tragen bzw. ihn verdeutlichen können:

Künstler hatte seinen Geschöpfen zusätzlich noch zur Zivilisation verholten, indem er ihnen – gegen den Willen der Götter – das Feuer brachte. Der Ratsvorsitzende der Götter, Zeus, strafte Prometheus: er ließ ihn an den Kaukasus schmieden und alltäglich durch seinen Adler die immer wieder nachwachsende Leber heraushacken, bis endlich Herakles Prometheus von den Qualen und Ketten erlöste“.

In Strugallas Steinskulptur versucht Prometheus als dem Material Gestalt gebender Bildender Künstler den Stein zu umgreifen, seine mit freiem Willen ausgestatteten Geschöpfe zu begreifen, zu verstehen, zu berühren, - aber seine Linke greift ins Leere: Die Leiden, die die Menschen einander zufügen, sind nicht zu verstehen.

Strugalla fügte dem Prometheus eine fröstelnd trauernde, sich schämende weibliche Figur hinzu, wie auf Fotos der SS-Schergen zu sehen sind, die sie von nackten weiblichen KZ-Insassen gemacht hatten, die sich schamhaft zu verbergen suchen.

Des weiteren eine gemarterte männliche Figur: im Stürzen und Scheitern, Trösten und Widerstehen.

Die dritte Figur, eine weibliche, versucht sich aufzurichten und vergeblich den Stürzenden zu stützen.

Dies sind Haltungen, die aufeinander bezogen, im Widerspruch miteinander verbunden sind.

Diese Opferfiguren weisen über den rechteckigen Rand der Skulptur in den realen Raum. Der Betrachter muss um die Gesamtkomposition zu erfassen, den Steinblock umschreiten.

Die Skulptur aus rötlichem kaukasischen Muschel-Kalkstein hat eine Höhe von 2,35 Metern und ein Gewicht von 9,5 Tonnen. In den kubischen Sockel aus Klinkern ist ein Bronzeschriftband eingelassen mit dem Text „Im Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.



Joseph Hebroni musste als jüdischer Bildhauer in Paris während der Besetzung durch Nazideutschland sich vor den Häschern verstecken, in den Untergrund abtauchen bzw. eine andere Identität annehmen, auch um seine Lebensgefährtin, die schon 1940 im Lager Gurs interniert worden war, nicht zu gefährden.

Prometheus, der Titan, hatte nicht nur gegen den Willen der Götter die Menschen aus einem Tonklumpen geformt; dieser Menschengöpfer und

Winterliche Vorfreude bei Aldi

Was haben Aldi, Lidl und der Bischöfliche Stuhl zu Limburg gemeinsam? Ihre Geschäfte wurden bis jetzt als strenges Geheimnis gehütet. Was haben die Bezieher nach SGB II oder Hartz IV oder BAT gemeinsam? Ihre Einkommen sind öffentlich nachrechenbar. Und wo sind die Unterschiede? Die erste Gruppe möchte noch mehr von der zweiten profitieren.



Das lohnt sich, wobei der vergleichsweise bescheidene Bischöfliche Stuhl des Franz-Peter Tebartz-van Elst an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden soll. Hier geht es um die Familien von Karl Albrecht (Aldi Süd), Theo Albrecht (Aldi Nord) und Dieter Schwarz (Lidl). Sie stehen auf den ersten drei Plätzen der deutschen Milliardärsliste, die aktuell mit 135 Einträgen einen neuen Höchststand verzeichnet: Karl (17,8 Mrd. Euro), Theo (16,0 Mrd. Euro) und Dieter (13,0 Mrd. Euro).

Damit diese Reihenfolge auch so blei-

ben könnte, haben die Discounter Aldi und Lidl an der Preisschraube und damit an der Gewinnspirale gedreht: Die Produkte wurden um vier Prozent teurer, errechnete die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Eine solche Erhöhung liegt deutlich über der allgemeinen Inflationsrate: 1,5 Prozent im September, 1,8 Prozent im Juli und 1,9 Prozent im Juni. Die vier Prozent stellen allerdings auch nur einen „Durchschnitt“ dar, denn zum Beispiel Kartoffeln kosten rund 40 Prozent mehr als im Vorjahr, Butter 30 Prozent, Milch 18 Prozent, Äpfel 22 Prozent.

Die Preissteigerungen betreffen besonders die Produkte des täglichen Lebens. Und damit insbesondere die Proletarier mit einem relativ niedrigeren Einkommen.

Spannend ist der Vergleich zwischen den Discountern und den etwas teureren Supermarkt-Ketten wie z. B. Edeka und Rewe. Die sind in der Regel etwas teurer, aber ihre Preissteigerung lag nur bei 1,6 Prozent. Die Umsätze stiegen bei den Discountern zuletzt um 4,6 Prozent, bei den Supermärkten um 3,2 Prozent. Eine Profitsteigerung war also für beide Geschäftsmodelle noch möglich.

Aldi-Süd brachte es durch die Arbeit in 1800 Filialen in Deutschland im vergangenen Geschäftsjahr auf 15 Mrd. Euro Umsatz (Quelle: Focus), Aldi-Nord (5000 Märkte in Europa) hatte 11,5 Mrd. Euro Umsatz. Lidl: 3300 Filialen, 18 Mrd. Euro Umsatz. Die großen Zahlen aus dem globalen Geschäft: Aldi 56,8 Mrd. Euro und Lidl 54 Mrd. Euro Umsatz. Zum Gewinn legen die Konzerne keine Zahlen vor. Damit schließt sich doch noch der Kreis zum

Bischöflichen Stuhl zu Limburg.

PS: „discount“ heißt in der deutschen Sprache Ermäßigung, Rabatt, Abzug. „Abziehen“ hat eine vielfache Bedeutung: z.B. subtrahieren – oder auch in der Jugend- und Ganovensprache: stehlen.

Uwe Koopmann

TERMINE

Mitgliederversammlung

z. Donnerstag, 14. Nov., 19 Uhr
z. Donnerstag, 12. Dez., 19 Uhr
z. Donnerstag, 16. Jan., 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AstA der UNIVERSITÄT
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAUFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
auf das Konto 38551208 bei der
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),
Verwendungszweck: Blickpunkt



- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de